



Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

18. November 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführer: Andreas Ott

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden.

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Stadtwald: Rückblick 2020, Situation 2021 und Planung 2022 (Vorlage)

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und ruft TOP 1 auf.

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) Vortrag/Präsentation

Herr Kienzler präsentiert eine Bilderreise durch die virtuelle Welt des Stadtwaldes und blickt auf ein warmes und viel zu trockenes Jahr 2020 zurück. Als Folge hatten die Baum- und Waldschäden weiter zugenommen. Arbeiten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht dominierten gegenüber planmäßigen Arbeiten in der Waldpflege und der Holznutzung. Im Jahr 2021 konnte witterungsbedingt wieder planmäßiger gearbeitet werden. Zahlreiche Erholungseinrichtungen wurden fertiggestellt. Der Bereich bürgerschaftliches Engagement spielte eine bedeutende Rolle, konnte aufgrund personeller und organisatorischer Rahmenbedingungen jedoch nur eingeschränkt bedient werden. Das Wiederholungsaudit zum PEFC-Erholungswald wurde mit positivem Ergebnis abgeschlossen. Waldökologie und Waldpädagogik blieben wichtige Tätigkeitsfelder.

Der Ausblick nach 2022 gestaltet sich vor dem Hintergrund der unsicheren Witterungs- und Schadensentwicklung sehr schwierig. Eine gegenüber dem Hiebssatz um 20% reduzierte Holzerntemenge wird vorgeschlagen. Neben Verkehrssicherungsarbeiten wird die Pflege von Naturverjüngungsflächen und gepflanzten Kulturflächen einen Schwerpunkt bilden.

Fragen:

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) möchte wissen, ob nicht der Platz für neue Bäume fehlt, wenn tote und kranke Bäume stehen bleiben. Zudem interessiert ihn die Frage, ob durch die Forstreform und die Trennung von Stadt- und Staatswald eine stark veränderte Situation entstanden ist.

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) erläutert, dass das Forstamt gezielt die Naturverjüngung fördert und dabei das Vorhandensein der Altbäume als Samenquelle und zur Beschattung als Schutz vor Konkurrenzvegetation wichtig ist. Aus Gründen des Wasser-

und Bodenschutzes sei eine flächige Räumung zudem nicht sinnvoll. Im Nachgang müsste sonst immer gepflanzt werden. Aktuell wird dies nur auf den Flächen vollzogen, auf denen keine natürliche Verjüngung vorhanden oder zu erwarten ist. Wichtig sei der Faktor Zeit, der im Umgang mit dem Wald stets eingeräumt werden sollte.

Zum Thema Forstreform berichtet Herr Kienzler, dass das Ziel von beiden Seiten weiterhin besteht, auf Arbeitsebene gut zusammen zu arbeiten. In der Öffentlichkeit führt die Trennung immer wieder zu Nachfragen bezüglich der Zuständigkeiten. Mit Herauslösung des Staatswaldes wurde das Personal mitgezogen. Das Forstamt ist weiterhin als Untere Forstbehörde hoheitlich auch im Staatswald tätig.

Stadtrat Thomas H. Hock (FDP) drückt seinen persönlichen Dank und den Dank der Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forstamtes für die geleistete Arbeit bei den vielfältigen Anforderungen aus.

Herr Hock erkundigt sich, welche Pflanzen im Jahr 2022 gesetzt werden und ob neue Wege bei der Neubegründung beschritten werden?

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) legt dar, dass ein direkter Vergleich zwischen Naturverjüngung und Pflanzung schwer ist. Das Ziel sieht einen ungefähren Anteil von 30% Pflanzungen zu 70% Naturverjüngung vor. Gepflanzt werden dabei ca. 12 verschiedene Arten wobei die Eichenarten (Stiel- und Traubeneiche) die Leitarten bleiben. Als weitere wichtige Baumarten wurden Kirsche, Linde, Elsbeere und Spitzahorn genannt. Nichtheimische Baumarten wie die Roteiche werden nur in bestimmten Bereichen berücksichtigt in denen sie nicht invasiv sind und die Palette heimischer Arten sinnvoll ergänzen können. (Die Antwort auf diese Frage wurde gemeinsam mit der Antwort auf die Fragen von Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) und von Frau Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) gegeben.)

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) dankt im Namen der gesamten Fraktion für die Leistungen der Mitarbeitenden aus dem Forstamt für den Wald unter den geschilderten Herausforderungen. Zudem dankt sie ausdrücklich für die informative und aussagekräftige Vorlage.

Frau Rastätter fragt nach, ob das Audit zur Zertifizierung jedes Jahr erneuert werden muss. Zudem interessiert sie sich für die Überlegungen des Forstes Mittel aus dem Förderprogramm Biologische Vielfalt und Biodiversität einzusetzen.

Naturverjüngung hält sie für besser und stellt die Frage nach dem Verhältnis von Pflanzung zu Naturverjüngung im Wald.

Frau Rastätter befürwortet den Einsatz von Rückepferden und fragt nach, wie es sich mit dem Thema Waldweide verhält.

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) erläutert, dass das Audit zum „normalen“ Waldzertifikat lediglich alle 5 Jahre ansteht. Das Audit zum Erholungswald erfolgt dagegen jährlich bei allerdings überschaubarem Aufwand (beim letzten Mal sogar online), da im Stadtwald sehr viel für den Bereich Erholung gemacht wird.

Die Nutzung der Förderungsmöglichkeiten zur biologischen Vielfalt ist aktuell noch schwierig, da die betreffende Förderrichtlinie Naturnahe Waldwirtschaft, Teil E noch nicht umsetzbar ist und noch überarbeitet werden muss. Da die enthaltenen Maßnahmen zudem der de-minimis Regelung unterliegen sind sie aktuell für die Stadt nicht nutzbar. Zum Thema Waldweide führt Herr Kienzler aus, dass das Thema auf großes Interesse stößt und es eine konkrete Flächenidee gibt. Die Umsetzung ist aus unterschiedlichen Gründen

aber recht schwierig. Der Kontakt zu den Expertinnen und Experten der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg und zum Zoo besteht.

Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) fragt nach, wie die Entwicklung der Waldrefugien ist.

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) bemerkt hierzu, dass die Umsetzung des Alt- und Totholzkonzeptes im Forstamt Tagesgeschäft ist. Ein Waldrefugium wird dabei als Kleinstbannwald begriffen in dem keinerlei Eingriffe durchgeführt werden. Entsprechende Zahlen sind am Forstamt vorhanden und werden bereitgestellt.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) äußert Bedenken darüber, dass dem Forstamt Personal für bürgerschaftliche Aktionen fehlt, aber gleichzeitig viel Aufwand im Rahmen der Verkehrssicherung betrieben wird. Würden die fraglichen Bäume direkt komplett gefällt, bliebe mehr Kapazität für Aktionen.

Zudem sieht Herr Schnell den zurückhaltenden Holzeinschlag kritisch. Hier sollte der nachhaltig mögliche Hiebssatz ausgenutzt werden.

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) bemerkt, dass bürgerschaftliche Aktionen ein hohes Maß an Vorbereitung bedürfen. Ein weiteres Problem ist zudem die Verfügbarkeit geeigneter Flächen, da im Forstamt die Naturverjüngung Vorrang genießt. Eine neue Idee stellen Pflegemaßnahmen zum Beispiel gegen die Spätblühende Traubenkirsche oder gegen störende Begleitvegetation dar, wie sie bereits erfolgreich durchgeführt bzw. geplant wurden. Die Mitarbeitenden des Forstamtes agieren dabei als wichtige Waldbotschafter im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit; doch kann diese Aufgabe nicht jede Person wahrnehmen. Die baumerhaltenden Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht entsprechen der Zielsetzung des Gemeinderates, der Ökologie und der Sozialfunktion des Waldes Vorrang einzuräumen. Totholzphasen sind unverzichtbare Elemente dieser Art des Waldmanagements. In der Verkehrssicherung werden teilweise spezialisierte Unternehmen oder hochqualifizierte Kollegen aus dem Forstamt eingesetzt.

Zum Thema Holzeinschlag erläutert Herr Kienzler, dass aufgrund der Schadereignisse der vergangenen Jahre noch einer Schadenserhebung alleine bei der Esche rund 18.000 Fm stehender Holzvorrat verloren gegangen sind. Eine Aufrechterhaltung des vollständigen Einschlags würde zulasten der Nachhaltigkeit gehen. Nach mehreren Trockenjahren mit absterbenden Bäumen mahnt er zur Zurückhaltung, auch um die Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erhalten.

Stadträtin Christine Weber (GRÜNE) bittet um Informationen zum Bearbeitungsstand des Bodenschutzkonzeptes.

Amtsleiter Ulrich Kienzler (Forstamt) bemerkt, dass das bestehende Bodenschutzkonzept vom Staatswald geprägt ist und in der Vergangenheit übernommen wurde. Die dort enthaltenen Standards sind für den Stadtwald zum Teil nicht weitgehend genug. Eine Überarbeitung steht für 2022 an.

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis und stimmt der reduzierten Holzeinschlagsplanung für das Jahr 2022 mit einer Gegenstimme und keiner Enthaltung zu.

Abschließend bedankt sich Bürgermeisterin Bettina Lisbach bei allen Kolleginnen und Kollegen des Forstamtes für die sehr engagierte und qualifizierte Arbeit.

Ende 17:05 Uhr

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Andreas Ott
Protokollführer

Protokoll

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

18. November 2021, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Protokollführerin: Julia Werdermann

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 2 Mehr Bänke durch Spenden

Die Vorsitzende ruft TOP 2 auf und verweist auf die Vorlage des Gartenbauamtes zum Antrag „Mehr Bänke für die Günther-Klotz-Anlage“ der SPD-Fraktion und den Ergänzungsantrag „Mehr Bänke durch Sponsoring“ der FW/FÜR- Fraktion. Das Gartenbauamt legte darin ein Spendenprogramm für Parkbänke dar.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) äußert Zustimmung für die Möglichkeit des Spendens von zusätzlichen Bänken. Er fragt, inwiefern die Stadt Möglichkeiten zur Reduktion der laufenden Unterhaltungskosten von Bänken sehe, beispielsweise durch Einbindung der Bürgerschaft. **Amtsleiterin Doris Fath (GBA)** erwidert, sie sehe keinen Ansatz, die anfallenden Unterhaltungskosten durch Einbindung von Bürger*innen zu reduzieren. Das bürgerschaftliche Engagement sei in der Organisation sehr aufwändig. Es erfordere viel zeitlichen Input, die Pat*innen zu betreuen. Eine Ausweitung des Programms würde die personellen Kapazitäten des GBA übersteigen.

Stadtrat Anton Huber (SPD) fragt, ob sich beziffern lasse, wie oft es Bankspenden gebe? Er stellt eine Nachfrage zur Lagerung der Bänke in Durlach und bittet um die Erläuterung des Vorgehens. **Frau Fath** gibt an, dass jährlich etwa zwei bis fünf Bänke gespendet werden. Sie erläutert, dass bei der Bestellung von Bänken lange Lieferzeiten von sechs bis acht Wochen an der Tagesordnung sind. Deshalb habe das GBA den Ansatz der Vorratshaltung von Bänken gewählt, um schneller auf Spendenanfragen reagieren zu können. Die Lagerkapazitäten des GBA seien aber stark ausgeschöpft; im Bauhof in Durlach könnten immerhin sechs Bänke zwischengelagert werden. Die Wartezeit bis zur Bankaufstellung könne damit deutlich verkürzt werden. Über das Kontingent der sechs Bänke hinaus müssten für weitere Bankspenden Lieferzeiten in Kauf genommen werden.

Die Vorsitzende merkt an, dass Spenderinnen und Spender beim Spenden der Bank neben den Bankkosten auch den Unterhalt für fünf Jahre mitfinanzieren könnten.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) fordert eine Lösung, wie das Ehrenamt in die Sache eingebunden werden kann. Er bringt den Vorschlag ein, dass Spenderinnen und Spender die Bänke in Eigenverantwortung und auf eigene Kosten neu streichen könnten.

Stadtrat Anton Huber (SPD) sagt, dass aus der Praxis in Wolfartsweier bekannt sei, dass es bei den Unterhaltungskosten von Bänken nicht um den Anstrich, sondern vielmehr um den Austausch der Bankplanken gehe. Er erinnert an den Wunsch der SPD, bei dem Programm den Fokus auf das Aufstellen neuer Bänke in der Günther-Klotz-Anlage zu legen.

Frau Fath bestätigt, in der Günther-Klotz-Anlage biete es sich an, zusätzliche Bänke aufzustellen. Das GBA könne bei Bankspenden den Aufstellungsort in der Anlage vorschlagen. Die Amtsleiterin weist aber darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger meistens einen konkreten Standortwunsch für die Bänke haben.

Die Vorsitzende erläutert, dass bürgerschaftliches Engagement an so vielen Stellen umgesetzt würde wie möglich. Baumpatenschaften und Urban Gardening schöpfen die personellen Kapazitäten des GBA bereits stark aus. Auch das Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz mache bereits viel im Bereich Engagement, unter anderem die Pflege in Naturschutzgebieten. Des Weiteren habe das AfA ein ausgedehntes Patenprogramm. Bänke von Bürgerinnen und Bürgern streichen zu lassen, erachtet die Vorsitzende als nicht sinnvoll, besser sei die Spende eines Geldbetrages. Die Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements spiele eine wesentliche Rolle, dem seien aber auch Grenzen gesetzt. Die Vorsitzende äußert ihre Zustimmung, die Günther-Klotz-Anlage zukünftig in den Fokus von Bankspenden zu rücken.

Frau Fath: Man habe statt Bankpatenschaften eher Bedarf für Spielplatzpatenschaften. Jede Form der zusätzlichen Arbeit stelle das GBA aber vor große Herausforderungen.

TOP 3 Verschiedenes

Die Vorsitzende ruft TOP 3 auf. Es gibt keine Wortmeldungen.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin

gez. Julia Werdermann
Protokollführerin